

PRESSEMITTEILUNG

24. November 2025

Demokratische Zivilgesellschaft schützt sich selbst: Proteste gegen AfD-Jugendgründung sind notwendig und legitim.

Am 29. und 30. November 2025 plant die AfD in den Hessenhallen Gießen die Gründung ihrer neuen Jugendorganisation. Dagegen formiert sich ein breites Bündnis aus demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Initiativen, Verbänden und engagierten Einzelpersonen zu Demonstrationen und Kundgebungen nicht nur aus der Stadt Gießen, sondern auch aus dem Landkreis Gießen und dem Vogelsbergkreis. Diese Proteste sind angemeldet und richten sich ausdrücklich laut, deutlich und gewaltfrei gegen die Normalisierung rechtsextremer Politik.

In den letzten Tagen wird öffentlich die Erzählung verbreitet, die Gefahr für Gießen gehe von jenen aus, die für Verfassung, Menschenwürde und eine offene Gesellschaft auf die Straße gehen. Diese Wahrnehmung weisen wir entschieden zurück. Wer den Protest vor allem als Bedrohung darstellt, verkehrt die Realität: Die Gefahr für die Stadt geht nicht von den Demonstrierenden aus – sie geht von der AfD und ihrer neuen Jugendorganisation aus.

Warum wir protestieren

- 1. Die Vorgängerorganisation löste sich auf, um einem Verbot zuvorzukommen.**
Die „Junge Alternative“ wurde vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Ihre Auflösung zum 31. März 2025 erfolgte vor dem Hintergrund eines drohenden Verbots und mit dem Ziel, eine neue Struktur unter AfD-Kontrolle aufzubauen.
- 2. Die Gründung in Gießen ist ein Vernetzungstreffen der extremen Rechten.**
Nach allem, was öffentlich bekannt ist, werden zur Gründungsversammlung Personen und Organisationen aus dem rechtsextremen Spektrum erwartet. Im Zentrum stehen nicht jugendpolitische Themen, sondern die strategische Bündelung und europäische Vernetzung autoritärer, völkischer und demokratiefeindlicher Kräfte.
- 3. Die Sicherheitsbewertung delegitimiert die demokratischen Akteure.**
Wenn als rechtsextrem eingestufte Akteure ungestört öffentliche Strukturen neu gründen können, während Warnungen des Verfassungsschutzes politisch diskreditiert und relativiert werden, ist das ein Angriff auf die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.
- 4. Die Bedrohung entsteht in der Halle – nicht auf der Straße.**
In den Hessenhallen kommen Personen zusammen, die teils als gesichert rechtsextrem gelten oder eng mit entsprechenden Vorfeldstrukturen verbunden sind. Sie nutzen solche Treffen, um Netzwerke zu stabilisieren, Nachwuchs zu

rekrutieren und ihre Ideologie zu normalisieren. Wir betrachten diese Versammlung als Risiko für Frieden, Vielfalt und demokratisches Zusammenleben, nicht nur in unserer Region.

Unsere Erwartungen an Stadt, Polizei und Medien

Wir respektieren die Aufgabe der Stadt und der Polizei, die öffentliche Sicherheit für alle zu gewährleisten. Gleichzeitig bitten wir darum, die Dimension der Bedrohung korrekt einzuordnen: Demokratischer Protest ist Teil der Lösung, nicht Teil des Problems.

Die Stadt Gießen und die Einsatzkräfte bereiten sich zu Recht auf ein herausforderndes Wochenende vor – auch weil die AfD-Veranstaltung bundesweit Empörung hervorruft und viele Menschen zum Gegenprotest mobilisiert.

An die Medien richten wir den klaren Wunsch, den Fokus der Berichterstattung auf das zu legen, was tatsächlich gefährlich ist:

- die personellen und ideologischen Kontinuitäten zur aufgelösten „Jungen Alternative“,
- die angekündigte Präsenz rechtsextremer Netzwerke,
- das demokratiefeindliche Projekt, das hier in Gießen sichtbar werden soll.

Wer heute die Gefahr verharmlost oder verschiebt, trägt morgen Mitverantwortung für ihre Folgen.

Unser demokratisches Selbstverständnis

Wir stehen für eine Gesellschaft, die Konflikte zivil und solidarisch austrägt – aber bei Angriffen auf Menschenrechte und Verfassung nicht schweigt. Unser Protest ist ein Ausdruck demokratischer Wachsamkeit. Er richtet sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit sowie jede Politik, die Menschenwürde relativiert oder nach Herkunft sortiert.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt in Gießen, in Hessen und überall.

Die Demokratiebündnisse aus dem Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis

Demokratiebündnis Pohlheim ist menschlich; Wetttenberg bleibt bunt; Ulrichstein zeigt Gesicht; Mücke bleibt bunt; Hungen ist bunt; Forum für Völkerverständigung Lich e.V.; Mahnwachen Langgöns, Laubach steht auf; Friedenskooperative Laubach, Grünberg, Mücke; Grünberg für Demokratie und Toleranz; Gießen bleibt bunt; Omas gegen Rechts; wir-sind-mehr Lumdatal; Linden bleibt bunt; Eltern-gegen-Rechts Gießen; Aktionsbündnis Reiskirchen; Aktionsbündnis für Vielfalt und Demokratie Biebertal; Bündnis Demokratisches Buseck; Lich steht auf